Donnerstag, 21. Juli 1921 — Einzelnummer 5 Mark. — 60. Jahrgang. Nr. 121.

Posener Tageblatt

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis vom 1. Juli 1921 an monatlich M.
in der Geschäftsstelle 50.—
in den Ausgabestellen 52.50
durch Zeitungsboten 55.—
durch die Post . . . 55.—

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3 49.

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 10.— M. im Reklameteil 30.— M. Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Allgemeine Mobilmachung in Rußland.

Riga, 19. Juli. Aus Petersburg wird berichtet, daß die Sowjetregierung in ganz Rußland eine allgemeine Mobilisation angeordnet hat.

Die Antwortnote Polens an Rußland.

Auf die Note Tschitscherins an die polnische Regierung, die diese am 8. Juli erhalten hat, antwortete die polnische Regierung in einer Note vom 11. Juli, in welcher ausgeführt wird: Schon in der Note vom 16. Mai haben wir darauf hingewiesen, daß Rußland gleichzeitig in zwei Richtungen arbeitet: die eine Aktion hat sich zum Ziele gesetzt, Polen durch eine Agitation, die die Desorganisierung des polnischen Staates verfolgt, zu schädigen, die zweite versucht durch Erteilung von falschen Informationen an die Sowjetregierung Proteste seinerseits herbeizuführen und dadurch Reibungen zwischen den beiden Nachbarstaaten, die friedliche Beziehungen anzuknüpfen im Begriffe sind, zu verursachen.

Die polnische Regierung gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die Sowjetregierung künftighin auf diese Informationen, die die deutliche Tendenz verfolgen, das Verhältnis Polens zu Rußland zu stören, kein Gewicht legen wird, und daß sie der gegen den Rigaer Vertrag verstoßenden Tätigkeit einiger ihrer Organe entgegentreten und dadurch zur Festigung guter nachbarlicher Beziehungen, an deren Ausbau beiden Staaten in gleichem Maße gelegen sein müßte, beitragen wird.

Indem die polnische Regierung ausführlich die auf falschen Informationen beruhenden Anklagen der Sowjetregierung zurückweist und die Tatsachen beleuchtet, aus denen ihr kein Vorwurf gemacht werden kann, stellt sie fest, daß seitens Sowjetrußlands verschiedene Schritte, z. B. gegen Ostgalizien unternommen worden sind, die gegen die Bestimmungen des Rigaer Vertrages verstoßen. Die Note schließt wie folgt: „Dem besten Willen der polnischen Regierung, bei genauer Anwendung des Rigaer Friedensvertrages, der als Grundlage der gegenseitigen Beziehungen der beiden Nachbarvölker dienen müßte, setzt die Sowjetregierung einen Damm, indem sie nicht den guten Willen zeigt, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Trotz alledem gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß der hier festgestellten Loyalität der polnischen Regierung eine gleiche Stellungnahme der russischen Regierung entsprechen wird, was zweifellos zur Festigung der friedlichen Beziehungen beitragen wird.

Was den in der Note Tschitscherins ausgedrückten Wunsch der russischen Regierung anbetrifft, eine Kommission zu bilden, die aus Vertretern Rußlands, Weißrußlands und der Ukraine bestehen, und die zusammen mit Vertretern Polens die Liquidierung der Sowjetrußland nicht genehmen Institutionen durchführen soll, so stellt die polnische Regierung fest, daß diese Institutionen schon längst in Übereinstimmung mit dem Friedensvertrag aufgelöst sind, und daß, was die Ausweisung von Russen aus Polen anbetrifft, nur die polnische Regierung allein zu beurteilen im Stande ist, wer von dem Asylrecht in Polen Gebrauch machen darf, und wessen Aufenthalt im polnischen Gebiet für den Staat gefährlich ist und wer als lästiger Ausländer ausgewiesen werden muß.

Im Einklang mit dieser Stellungnahme sieht die polnische Regierung von der Erwägung des Wunsches der russischen Regierung ab, denn dieser kann überhaupt nicht den Gegenstand einer Diskussion bilden dort, wo zwei souveräne Staaten in Betracht kommen.

Der Minister des Auswärtigen
(—) Skirmunt."

Aus Oberschlesien.

Eine amtliche Aeußerung der französischen Regierung.

Die Pariser Abendblätter von Sonnabend veröffentlichen ein langes Communique, in dem das Ministerium des Äußern Frankreichs Stellung zu der oberschlesischen Frage darlegt. Es wird darin zunächst mitgeteilt, daß England sich mit dem Zusammentreten einer Sachverständigenkonferenz zu Beginn der nächsten Woche in Paris einverstanden erklärt hat, nachdem die verbündeten Kommissare in Oberschlesien eine Verständigung über einen gemeinsamen Teilungsvorschlag für unmöglich erklärt haben. Der Sachverständigenausschuß soll nach der englischen Anregung seinen Bericht binnen wenigen Tagen ausarbeiten, damit der Oberste Rat dann gegen den 24. Juli zusammentreten und vor dem Ende des Monats die oberschlesische Frage entscheiden kann. England hatte diesen Wunsch, weil Lloyd George den August als vollkommene Ruhepause im Engadin verleben will.

Die französische Regierung ist damit einverstanden, daß sofort ein Sachverständigenausschuß in Paris zusammentritt, um alle Seiten des oberschlesischen Problems zu prüfen und für den oberschlesischen Rat entweder einen gemeinsamen Vorschlag oder einen sehr detaillierten Bericht zur Vorbereitung der Erörterung des Rates auszuarbeiten. Der französische Ministerpräsident hat aber zugleich in London und Rom unter Vorlegung von Einzelberichten auf die Haltung und die militärischen Vorbereitungen der Deutschen in Oberschlesien an der Grenze des Abstimmungsgebietes aufmerksam gemacht und dabei betont, daß auf den Beschlüssen der Verbündeten eine unerträgliche Drohung laste, der gegenüber die verbündeten Kommissionen wegen der Schwäche der ihnen zur Verfügung stehenden Truppen machtlos seien.

Das Communique zählt dann eine Reihe von Fällen auf, in denen angeblich französische Offiziere und Beamte in letzter Zeit Opfer von Angriffen in Oberschlesien geworden sind; dazu wird bemerkt, die Zunahme solcher Angriffe, für die man hauptsächlich die nach Oberschlesien eingeführten Freikorps verantwortlich machen müsse, sei bezeichnend. Das Communique versucht weiter unter Angabe von Ziffern zu beweisen, daß die Entwaffnung des deutschen Selbstschutzes nur zum Teil durchgeführt worden ist und daß die 40 000 Mann des Generals Höfer zur Hälfte im Abstimmungsgebiet geblieben, zur anderen Hälfte in Mittel- und Niederschlesien untergebracht worden seien.

Die französische Regierung hält es für möglich, den Obersten Rat schon einige Tage nach dem Zusammentreten des Sachverständigenausschusses tagen zu lassen und in einer so ernsten Frage einen improvisierten Beschluß unter der deutschen Drohung zu fassen, der ohne Zweifel einen politischen Gegenschlag verursachen und die Verbündeten bis zu einem Kriege hinreißen könnte. Nach dem letzten Bericht könne man nicht behaupten, daß die Wiederherstellung der Autorität der verbündeten Kommissare, die bei der letzten Aussprache unter den Verbündeten als Vorbedingung der endgültigen Lösung bezeichnet worden sei, schon erreicht sei. Die Verbündeten könnten sich nicht blindlings in das Abenteuer stürzen, das die Notifizierung einer Entscheidung, die den alliierten Truppen keine Achtung verschaffen könnte, darstellen würde. Briand hat deshalb in London und Rom vorgeschlagen, daß die Verbündeten vor der Konferenz des Obersten Rates die erforderlichen Unterstützungen nach Oberschlesien schicken werden, um den Beschlüssen des Obersten Rates im voraus Achtung zu sichern.

Das Communique berichtet weiter, daß der französische Botschafter in Berlin angewiesen worden ist, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die Haltung und Vorbereitung der kleinen Armee des Generals Hoefer hinzulenken. Lerond würde die Berliner Regierung auf den Ernst der Verantwortung aufmerksam machen, die sich daraus ergebe, daß die Rekrutierung der Banden nicht nur geduldet, sondern sogar begünstigt worden ist, wie auch ihre Bewaffnung, ihre Konzentrierung und ihre Organisierung.

In der Communique wird zum Schluß betont, daß der Schritt Leronds nur dann volle Wirkung haben werde, wenn er durch Schritte der Botschafter Englands und Italiens unterstützt werde.

Die englische Presse zur Entscheidung.

London, 18. Juli. (PAT.) Die Nachrichten der Pariser Presse, nach denen die Konferenz des Obersten Rates in der oberschlesischen Angelegenheit bis September vertagt werden soll, werden weder von der Presse noch von den englischen amtlichen Kreisen bestätigt. In England herrscht allgemein die Überzeugung vor, daß nur der Oberste Rat in dieser Angelegenheit eine Verständigung erzielen kann, und daß diese Verständigung so schnell als möglich zustande kommen muß. Den französischen Entwurf, eine neue interalliierte Kommission zu bilden, die erneut das schon gesammelte Material prüfen soll, sieht man nur als einen Vorwand zur Hinziehung der Angelegenheit an, die nicht in der Absicht der englischen Regierung liegt. Die Argumente der Pariser Presse zwecks Vertagung der Konferenz des Obersten Rates erkennt die englische Presse nicht an und bemerkt, daß seit der Abstimmung schon vier Monate vergangen sind und daß das ganze Problem schon von allen Seiten geprüft worden ist. Auf die Behauptung, daß die Befürchtung neuer deutscher Gewalttätigkeiten in Oberschlesien der interalliierten Kommission eine ruhige Prüfung der Angelegenheit nicht ermöglichen wird, antwortet die englische Presse, daß die Wahrscheinlichkeit ungewünschter Aufstände in Oberschlesien gerade durch diese Verzögerung begünstigt wird.

Korfanty über die Entscheidung.

Danzig, 19. Juli. Aus Paris wird den Berliner Zeitungen gemeldet, daß Korfanty inkognito in Paris eingetroffen sei und dort in einem Privathaus Wohnung genommen habe, da er den Journalisten keine Auskunft geben wollte. Trotzdem ist es dem Radiovertreter gelungen, mit Korfanty zu sprechen. Korfanty sagte, daß die Lage Oberschlesiens bisher ungeklärt sei. Daher kann das wirtschaftliche Leben und die Arbeit nicht normal durchgeführt werden. So lange die Deutschen Oberschlesien bedrohen werden, so lange müssen auch diese anormalen Zustände herrschen (!). Um zu arbeiten, bedarf man des Friedens. In der oberschlesischen Angelegenheit, sagte Korfanty, kann nur der Oberste Rat entscheiden. Wenn der Oberste Rat sich von der Gerechtigkeit und den Abstimmungsergebnissen leiten läßt, so bin ich überzeugt, daß die Deutschen den Frieden bewahren werden. Nach der Entscheidung werden die Deutschen einerseits und die Polen andererseits die ihnen zuerkannten Gebiete auf Grund der Abstimmung übernehmen. Erst dann wird Frieden und Rückkehr zur Arbeit eintreten. Ich bin der Ansicht, daß jene Industriellen, die an Polen kommen, sich mit Leichtigkeit assimilieren werden, nichts weiter fordernd, als eine friedliche Entwickelung. Ich erhebe Widerspruch gegen eine weitere Vertagung der oberschlesischen Angelegenheit. Dieses kann nur Kämpfe heraufbeschwören und in seinen Folgen der Anlaß zu einem europäischen Konflikt sein.

Die Besichtigungsreise.

Beuthen. 19. Juli. (PAT.) General Lerond, Stuart und de Martini sind heute von ihrer Reise durch Oberschlesien zurückgekehrt. Sie haben fast das ganze Industriegebiet besichtigt. Die polnische Bevölkerung hat ihnen lebhafte Ovationen dargebracht. Lerond wird Oberschlesien erst nach Ankunft der Sachverständigen der Koalition verlassen, mit denen er vor seiner Abfahrt eine Konferenz abhalten wird.

Auflösung des deutschen Plebiszit-Kommissariats.

Breslau, 18. Juli. Nachdem die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens bereits in der Breslauer Aussprache mit dem Reichskanzler einstimmig als ihren Vertrauensmann den früheren Leiter der deutschen Abstimmungspropaganda, Landrat a. D. Dr. Lukaschek, genannt hatten, ist jetzt die formelle Berufung Dr. Lukascheks an die Spitze der Vertretung der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens in Kattowitz erfolgt. Nachdem diese Vollvertretung der deutschen Organisationen Oberschlesiens ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hat, hat sich der Zwölferausschuß in Oppeln aufgelöst. Von seinen bekannteren Mitgliedern sind nur die beiden Zentrumsleute Pfarrer Ulitzka und Reichstagsabgeordneter Ehrhardt in Kattowitz in den Ausschuß übergetreten, dem sie schon vor dem Aufstand angehörten. Der deutsche Plebiszitkommissar Dr. Urbanek hat anläßlich der Neuorganisation seine Aufgabe für beendet angesehen und sein Amt niedergelegt. Das Plebiszitkommissariat, das seine Aufgabe erfüllt und die Abstimmungsorganisation ausgeführt hat, löst sich nunmehr auf. Politische Bedeutung ist dem Rücktritt Dr. Urbaneks, dessen Tätigkeit wesentlich eine verwaltungsmäßige ist, nicht beizumessen.

Das Memelgebiet strebt nach Selbständigkeit

Danzig, 19. Juli. (PAT.) Aus Memel wird gemeldet: Die Vorsitzenden der politischen Organisationen im Memeler Gebiet haben gestern dem Oberkommissar der Entente eine Entschließung vorgelegt, in der gesagt wird, daß eine große Mehrheit der Memeler Bevölkerung die Bildung eines selbständigen Staates fordert.

Die irische Frage.

London, 19. Juli. (PAT.) Am Montag fanden in London weitere Konferenzen über die irländische Angelegenheit statt. De Valera konferierte wieder mit Lloyd George, und Sir Craig pflegte Beratungen mit einigen Mitgliedern seines Kabinetts, die er nach London berufen hatte. Der Waffenstillstand in Irland ist ruhig verlaufen. Eine amtliche Mitteilung sagt, daß weder in Dublin noch in der Provinz Unruhen vorgekommen sind.

London, 19. Juli. (Tel.-U.) Die Haltung de Valeras in der Konferenz scheint nunmehr festzustehen. Gestern sind die Kabinettsmitglieder aus Ulster in London angekommen. Es werden keine direkten Verhandlungen zwischen Ulster, de Valera und Sinnfeinern stattfinden. De Valera besteht darauf, daß die Regelung zuerst vom Sinnfeinerparlament ratifiziert werden soll.

Wuchergesetz.

Die Verpflegungsabteilung VI der Wojewodschaft in Posen bittet um Bekanntgabe folgender Verordnung:

Der Wucher mit Getreide und den notwendigsten Lebens- und Bedarfsartikeln.

Ich lenke die Aufmerksamkeit darauf, daß die Verordnungen gegen die Preistreiberei vom 23. Juli und 8. Mai 1921 weiter ihre Gültigkeit behalten:

1. Wer für tägliche Bedarfsartikel und zwar für Nahrungsmittel und Futtermittel aller Art, Erdfrüchte, Brenn- und Beleuchtungsmaterial Preise fordert, die mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse und besonders auf die Marktbedingungen einen zu großen Gewinn enthalten, oder wer sich mit zu hohen Preisen zu eigenem oder fremdem Nutzen einverstanden erklärt oder solchen Preisen zustimmt,
2. wer die in Nr. 1 genannten Artikel, die von ihm erzeugt oder zum Verkauf erworben wurden, vom Umsatz zurückhält, um dadurch einen übermäßigen Gewinn zu erzielen,
3. wer zum Zweck der Preissteigerung der unter Nr. 1 genannten Artikel Vorräte vernichtet, die Erzeugung und den Handel damit einschränkt oder zu diesem Zweck andere unerlaubte Handlungen ausübt,
4. wer an Verträgen oder an Gesellschaften teilnimmt, die die in Nr. 1—3 genannten Handlungen zum Ziel haben,

kann mit Gefängnis und Geldstrafe bis zu 200 000 M., im Wiederholungsfall mit schwerer Kerkerhaft bis zu 5 Jahren bestraft und außerdem zu einer Geldstrafe von 500 000 M. verurteilt werden.

Nach § 15 der Verordnung vom 8. September 1918 kann gleichfalls die Beschlagnahme der Gegenstände, die der strafbaren Handlung unterliegen, erfolgen, ohne Rücksicht darauf, ob sie Eigentum des Schuldigen sind oder nicht.

Wojewoda. J. V. (—) Rzepecki.

Die Abrüstungskonferenz.

Nach Washingtoner Blättermeldungen beschäftigt sich das amerikanische Staatsdepartement mit der Ausarbeitung von politischen Richtlinien für die Stellungnahme der amerikanischen Delegierten auf der Pazifik-Konferenz. Diese Richtlinien werden vor der Konferenz vom Senat einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Die amerikanische Regierung ist entschlossen, den gesamten Fragenkomplex auf einer Konferenz in Washington zu erledigen. Jede zur Teilnahme eingeladene Macht wird aber vor endgültiger Festsetzung des Konferenzprogramms Gelegenheit haben, Abänderungs- oder Ergänzungsvorschläge zu machen. Japan scheint keine große Lust zur Teilnahme an der Konferenz zu haben, weil es weiß, daß alle Fragen auf seine Kosten erledigt werden. Es verlangt befriedigende Aufklärung über den Lauf der Verhandlungen. Japan ist gegen die Behandlung der Fragen des fernen Ostens auf der Konferenz.

Die Vereinigten Staaten haben an Japan eine neue Note mit der Frage gerichtet, ob Japan an der Konferenz teilnehmen wird, wenn die Vereinigten Staaten Japans Programm, das die Orientfragen berührt, nicht vorlegen werden.

Danzig, 20. Juli. Aus Washington ist die Nachricht eingetroffen, daß der japanische Ministerpräsident persönlich nicht an den Beratungen in Washington teilnehmen wird. Als sein Vertreter wird der Botschafter Hidaharra, der Admiral Kato und der Fürst Jamagato genannt. Der japanische Marineminister erklärte, daß Japan sich einer allgemeinen Entwaffnung nicht widersetzen kann, weil es dann mit seinen Nachbarn in Konflikt kommen würde. Japan kann nur in der Angelegenheit der Inseln Yap und Schantung, Chinas und Sibiriens diskutieren.

Paris, 20. Juli. Präsident Harding ist der Ansicht, daß die Entwaffnungskonferenz trotz des nicht geneigten Standpunktes Japans stattfinden wird. Amerikanische Regierungskreise glauben, daß Japan sich jedoch mit einer Besprechung der Fragen des Stillen Ozeans und der Orientfragen einverstanden erklären wird. Der Beginn der Konferenz ist für den 11. November vorgesehen. Von französischer Seite wird Marschall Foch an der Konferenz teilnehmen.

Rumänien.

Nach einem Sonderbericht des „Überseedienstes" stellt sich die Lage auf dem Balkan folgendermaßen dar:

Die innere Entwicklung Rumäniens orientiert sich heute und für die kommenden Jahre nach dem Gebietszuwachs, den es durch die Aufteilung der österreichisch-ungarischen Monarchie erhalten hat, zum Teil auch nach den Gebietserweiterungen aus den vorausgegangenen Balkankriegen. Wesentlich ist die Frage, aus welcher Richtung allenfalls neue Verwickelungen drohen könnten. Die Bukowina stellt sich als der sicherste Besitz dar, da weder Ungarn noch Polen oder Rußland bzw. die praktisch in Rußland aufgenommene ukrainische Republik Interesse an diesem Lande haben. Der Schwerpunkt des rumänischen Deutschtums liegt in Siebenbürgen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Beßarabien, auf dessen Wiedergewinnung Sowjet-Rußland keinen erheblichen Wert legt. Das Verhältnis zu Bulgarien verschärft sich wegen gewisser Teile der Dobrudscha, da Bulgarien diesen Verlust nicht verschmerzen kann. Ungarn gegenüber ergibt sich ein offen feindliches Verhältnis. Ungarn wird nie auf die verlorenen Gebiete verzichten und arbeitet mit allen Mitteln an der Wiedergewinnung. Zwischen Altrumänien und dem geistig höher stehenden Banat besteht eine gewisse Rivalität; die Parteiführer hüben wie drüben stehen in einem scharfen Gegensatz zueinander. Diese Rivalität macht sich Ungarn natürlich zu nutze, und trotzdem das Banat als treu zu Rumänien haltend bezeichnet werden kann, gelingt es der äußerst intensiv arbeitenden ungarischen Propaganda immer wieder, Verbindungen zu seinen früheren Gebieten herzustellen. Freilich werden diese durch eine geradezu glänzend arbeitende rumänische Geheimpolizei, die in den letzten Jahren durch französische Schule ging, stets binnen kurzem aufge-

deckt; nichtsdestoweniger nimmt aber die ungarische Propaganda stetig zu.

Der ehemals ungarische Teil Rumäniens ist, wie gesagt, als der geistig höher stehende zu betrachten. Es kommt noch hinzu, daß er politisch außerordentlich rege ist, so daß als sicher angenommen werden kann, daß sich allmählich ein Übergewicht der Länder Banat—Bukowina—Beßarabien herausbilden wird. Diese Länder verfügen Altrumänien gegenüber über aktivere Persönlichkeiten, vor allem über solche, die in der Habsburg-Ära durch die Schule des ungarischen Parlamentarismus gegangen sind.

Von seiten eines inneren Bolschewismus droht keine Gefahr. Die Masse der Bauern ist als unbedingt monarchistisch gesinnt zu bezeichnen, ohne Vertrauen zu der in Aussicht gestellten oder versuchten Agrarreform, stehen sie in schroffem Gegensatz zum Großgrundbesitz und könnten, aus egoistischen Motiven, leicht für einen gemäßigten Sozialismus gewonnen werden. Die Bauern haben heute, vornehmlich in Beßarabien, ein beträchtliches Übergewicht, während die Bojaren ziemlich ausgespielt haben. Der Sozialismus, und zwar mit nationalistischem Anstrich, konzentriert sich in den Industriebezirken Braila, Galatz, Bukarest sowie im Gebiet der Eisenwerke Reschitza im Banat.

Da es Rumänien allmählich klar geworden ist, daß die bisherige Unterstützung Frankreichs nicht von Dauer sein kann, so versucht es, sich durch Bündnisse und Verträge gegen drohende Gefahren zu schützen. Das kürzlich zwischen Südslawien und Rumänien, nach Verhandlungen zwischen Jonescu und Pasitsch, vereinbarte Abkommen ist nicht sonderlich hoch zu bewerten und ist nur platonischer Natur. Viel wichtiger sind die zwischen Rumänien und Rußland in Riga stattfindenden Verhandlungen über Beßarabien, Anknüpfung von Handelsbeziehungen und Übergabe des in Rußland befindlichen rumänischen Goldschatzes in sehr erheblicher Höhe. Als das wichtigste Bündnis ist die Entente mit Griechenland anzusehen, die noch durch die Verschwägerung der Königshäuser sehr gefestigt wurde. Rumänien bemüht sich auch, die zwischen Albanien und Griechenland bestehenden Gegensätze auszugleichen. In Griechenland selbst hat heute die gegen Venizelos gerichtete Gunaris-Partei die Oberhand. Zu Italien besteht ein sehr günstiges Freundschaftsverhältnis. Eine schwere Gefahr bildet gegenwärtig wieder das Rüsten Rußlands zu einer neuen Offensive, die zwar gegen Polen gerichtet sein soll, aber auch Rumänien bedroht. Man nimmt an, daß diese Offensive zu einem für die Russen klimatisch günstigen Zeitpunkt erfolgen soll, also August oder Anfang September. Die russische Offensive erregt besonders starke Besorgnis in Rumänien, weil man einen gleichzeitigen Angriff Ungarns befürchtet, dem sich Bulgarien anschließen würde. Außerdem besteht noch die Möglichkeit der Besetzung des Banats durch Serbien. Wenn Polen, das selbst mit seinen Truppen gebunden ist und militärisch schon als hart mitgenommen gilt, ist ebensowenig Hilfe zu erwarten, wie von der Tschechoslowakei, deren Heer als vollkommen minderwertig bezeichnet wird. So stellen sich die beiden Bündnisse mit Polen und der Tschechoslowakei für Rumänien als nicht sonderlich vorteilhaft dar. Obwohl Rumänien noch immer in vollkommener Abhängigkeit von Frankreich steht, sucht es doch, wirtschaftlich wie politisch in gute Beziehungen zu Deutschland zu treten und die im Lande noch aus den Kriegsjahren bestehenden Antipathien gegen Deutschland zu entkräften.

Der neue Außenminister Italiens.

Außenminister, die in einem solchen im Weltgeschehen so wichtigen Augenblick ihr Amt antreten, dürften nur ein Programm haben: den heißen Willen zu einer ehrlichen Verständigung mit den nächsten Nachbarn und einen weiten, weiten Blick für das in „Gram und Wehe" darniederliegende Europa; denn der einzige Feind, den heute Europa, den die Welt zu bekämpfen hat, steht nicht wie die Feinde aus der vor dem Kriege liegenden Weltgeschichte an den Grenzen der einzelnen Länder, nein, die Saat dieses Feindes wuchert im Boden eines jeden Landes, das der Weltkrieg heimgesucht hat, und heißt Not, gemeinsame Not, die den Bolschewismus heraufbeschworen hat und die als gemeinsames Übel nur mit gemeinsamen Kräften zu bekämpfen ist. Von dem neugewählten Außenminister Italiens, Marchese de la Torretta, sagt man, daß er eine Natur sei, der politische Leidenschaften fremd sind, und daß er kein Feind Österreichs ist. Wenn diese Aussagen nicht trügen, so ist zu hoffen, daß er das übernommene Amt zum Nutzen seines Vaterlandes und mindestens nicht zur Schädigung Europas verwalten wird. Der Mann, der heute auf dem verantwortlichsten Posten Italiens steht, hat, rein äußerlich genommen, keine hervorragende Tätigkeit ausgeübt. Er war keiner der großen Anreger auf der Bühne des Weltgeschehens, und seine Tätigkeit hat keine bedeutende Staatsaktionen aufzuweisen. Was ihn in den Vordergrund geschoben hat, ist die Lösung der Frage, die zwischen dem Anschluß an Deutschland und der Bildung einer Donauföderation im französischen Sinne schwankte, deren Tendenz Habsburg hieß. Marchese de la Torretta, der bisherige italienische Gesandte in Wien, hat den Knoten in einer Weise gelöst, die es gestattete, ohne Gefahren für die Interessen Italiens beiden Richtungen die vorteilhaftesten Seiten abzugewinnen. Im wesentlichen ist zu erwarten, daß der neue Mann weiter den Kurs einhalten wird, den ihm die immer noch überlegene Politik Englands vorzeichnet. England, das in demselben Maße an der Orientpolitik beteiligt ist wie Italien, von der maßvollen Haltung Italiens im Orient angenehm berührt, dürfte gemeinsam mit diesem einen Weg finden, der es gestattet, die politische Fehde im Orient auf das Niveau friedlicher Handelsbeziehungen zwischen allen an der Levante beteiligten Mächten zu lenken.

Die wichtige Rolle, welche Italien heute auf der Weltbühne zu spielen berufen ist, wird ihm hoffentlich die Gedanken eingeben, die ihn befähigen, einen Ausgleich der Gegensätze und eine Wiederaufnahme der europäischen Arbeit herbeizuführen.

Bonomis Programm.

Rom, 19. Juli. (PAT.) Der Ministerpräsident Bonomi verlas in der Kammer eine Programmerklärung in der gesagt wird, daß die allgemeine Richtung der bisherigen Politik weiter eingehalten werden wird. Die Italiener werden die übernommenen Verpflichtungen getreu erfüllen und am Aufbau Europas im Rahmen der geschlossenen Bündnisse arbeiten. Der Minister ist für einen sofortigen und ehrlichen Anschluß an die Pläne Hardings. Der Vertrag von Rapallo wird loyal erfüllt werden. Hierbei werden die Interessen und Gefühle Italiens nicht unberücksichtigt gelassen. Das Statut Fiumes wird besonders hinsichtlich der wirtschaftlichen Fragen geregelt werden, um später ein Konsortium Italien, Südslawien und Fiume bilden zu können. Fiume soll streng wirtschaftlich mit dem Rest des anderen Landes verbunden werden. Zu der Innenpolitik zählte Bonomi eine Reihe von Entwürfen wirtschaftlicher und finanzieller Art auf. Hierbei betonte er die Notwendigkeit, die Ausgaben einzuschränken und den Wert der Valuta zu erhöhen. Schließlich bemerkte der Ministerpräsident, daß nach der Beendigung der Parteikonferenzen die Regierung sich unparteiisch bemühen wird, die innere Ordnung aufrecht zu erhalten.

Sowjetrußland.

In ganz Rußland Hungersnot.

Warschau, 19. Juli. Aus Moskau kommen Alarmnachrichten, daß sich in ganz Rußland eine furchtbare Hungersnot verbreitet. Die Sowjetbehörden verhindern nicht mehr die Abhaltung von Andachten, die Rußland vor dem Hungertod schützen sollen. In den Ortschaften hinter der Wolga findet schon eine richtige Abwanderung der hungernden Bevölkerung statt. Die Bevölkerung verläßt panikartig die von der Hungerkatastrophe bedrohten Orte und wandert nach Westen und Norden aus. In der Gegend von Zamara begann ein furchtbarer Kampf zwischen etlichen Hunderttausenden von Hungernden, die nach der Ukraine wandern, und den ortsansässigen Bauern, die mit der Waffe in der Hand sich zur Verteidigung ihrer Ernte entgegenstellen. In diesem Kampf fielen über 2000 Leute. Frauen mit kleinen Kindern an der Brust, wahnsinnig aus Verzweiflung, warfen sich den Gewehrkugeln entgegen.

Die Cholera.

Wien, 19. Juli. Die Cholera schreitet in Rußland immer weiter nach Westen vor. Amtliche Mitteilungen berichten über 26 neue Fälle. Im Osten ist die Cholera bis Ufa vorgegangen, im Norden längs der Wolga nach Rybinsk. Außerdem wurden noch Einzelfälle längs der westlichen Düna festgestellt. Infolge des Hungers im Osten Rußlands wandern Hunderttausende nach Westen ab und verbreiten so die Epidemie längs der Eisenbahnlinie. Die Todesfälle betragen 66 bis 90 v. H.

England pachtet den Petersburger Hafen.

Prag, 19. Juli. (PAT.) Aus Helsingfors wird berichtet, daß die Sowjetregierung den Engländern die Konzession zum Bau des Petersburger Hafens erteilt hat. Für diesen Bau soll eine Aktiengesellschaft gegründet werden, deren Aktien zur Hälfte die Sowjets übernehmen werden. Gleichzeitig beabsichtigt die Sowjetregierung, England den bisherigen Petersburger Hafen zu verpachten, um ausländische Waren einführen zu können.

Die Goldquellen sind erschöpft.

Danzig, 19. Juli. (PAT.) Aus Moskau wird berichtet: In der letzten Sitzung des Rates der Volkskommissare zeigte es sich, daß Ankäufe im Ausland nicht mehr gemacht werden können, da die Goldvorräte aufgebraucht sind.

Unruhen in Bulgarien.

Wien, 18. Juli. Entgegen allen Dementis der bulgarischen Gesandtschaft in Wien veröffentlichen die Wiener Montagsblätter Nachrichten, die von dem Ausbruch ernster Unruhen in Sofia und auch im Lande wissen wollen. Durch bolschewistische Agitation beeinflußt haben die Bauernparteien auf dem Lande die Macht an sich gerissen. Es wird strengste Zensur gehandhabt. Doch läßt sich aus Bankdepeschen und Mitteilungen von Personen, die aus Belgrad eingetroffen sind, entnehmen, daß die Geschäfte und die Banken in Sofia geschlossen sind.

Frankreich urteilt selbst ab.

Bern, 19. Juli. Das „Berner Tageblatt" meldet aus Paris: Dem „Echo de Paris" zufolge richtete Briand eine Note an Deutschland, die die Anerkennung der Leipziger Urteile durch Frankreich verweigert und die Übernahme der Kriegsbeschuldigtenprozesse, soweit sie von Frankreich verlangt werden, durch die französische Justiz offiziell ankündigt.

Preußischer Landtag.

Berlin, 18. Juli. Der preußische Landtag nahm heute zunächst die 300-Millionenvorlage für Siedlungszwecke ohne wesentliche Aussprache an. Nach Erledigung kleinerer Vorlagen wurde die Beratung des Nothaushalts fortgesetzt. Dabei sprachen die beiden Minister Dominicus und Saemisch fast ausschließlich gegen den Abg. Heilmann, der in der gestrigen Sitzung eine Reihe von Anklagen gegen die beiden Minister vorgebracht hatte. Er hatte u. a. Dominicus zum Vorwurf gemacht, daß er einen erzreaktionären Rechtsbolschewisten zum Landrat ernannt und einen demokratischen Landrat durch den Abg. v. Osten (Dtschnat.) ersetzt habe. Dominicus konnte nachweisen, daß der erstgenannte Landrat bereits von seinem Vorgänger Severing, dem früheren sozialdemokratischen Minister des Innern, ernannt worden sei. Für die Entscheidung im zweiten Fall war das Urteil des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten maßgebend. Der Finanzminister verteidigte sich gegen die Angriffe des Abg. Heilmann wegen der Tätigkeit des Finanzministeriums in der Abfindung der Hohenzollern. Der Minister erklärte es als eine Selbstverständlichkeit, daß er sich mit diesen Fragen eingehend beschäftigen müsse. Ebenso selbstverständlich sei es aber auch, daß der Landtag über die ihm in Kürze zugehende Vorlage die letzte Entscheidung zu treffen habe. Auch der Zentrumsabgeordnete Lauscher, der die Rednerreihe fortsetzte, beschäftigte sich mit den Ausführungen des Abg. Heilmann. Abg. Cohn (Unabh. Soz.) erneuerte nochmals die Angriffe gegen die Regierung Stegerwald, Abg. Riedel (Dem.) schwächte sie wieder ab und erklärte sich im wesentlichen mit der Regierung Stegerwald einverstanden. Eine Mehrheit für den Nothaushalt ist also vorhanden. Nach Erledigung weiterer kleiner Vorlagen trat der Landtag in die Sommerpause ein. Die Sitzungen werden voraussichtlich Ende September wieder aufgenommen werden.

Attacke der Sozialdemokraten gegen Stegerwald.

Bei der Beratung des Notetats im preußischen Landtage zeigte sich wieder, daß die Sozialdemokraten mit allen Mitteln daran arbeiten, die Regierung Stegerwald zu Fall zu bringen. Zur Stunde ist noch in der sozialdemokratischen Partei selbst keine Verständigung darüber erfolgt, auf welche Weise die Regierung Stegerwald am schnellsten beseitigt werden kann. Einerseits will man ein Mißtrauensvotum durchsetzen, andererseits aber durch eine nachdrückliche Opposition Stegerwald zum Rücktritt zwingen. Und auffälligerweise herrscht in den preußischen Koalitionsparteien eine wenig erfreuliche Übereinstimmung, das heißt in vielen Fragen sind die Ansichten in den Koalitionsparteien so geteilt, daß die Sozialdemokraten hieraus ihren Vorteil zu ziehen vermögen. Im preußischen Landtag waren anläßlich der Beratung des Notetats allerlei Krisengerüchte im Umlauf, weil man doch den Eindruck hatte, daß das Kesseltreiben der Sozialdemokraten gegen den Ministerpräsidenten so schroff gehandhabt wird, daß Stegerwald unmöglich längeren Widerstand entgegensetzen kann. Stegerwald selbst soll die Absicht haben, von seinem Posten zurückzutreten, nicht erst nach einem Mißtrauensvotum, sondern weil er es in Anbetracht der starken Opposition für das beste hält, die Regierung in andere Hände zu legen und sich wieder seiner Gewerkschaftsarbeit zu widmen.

Sämtliche bürgerlichen Parteien haben den Ministerpräsidenten Stegerwald veranlaßt, auf keinen Fall dem Drängen der Sozialdemokraten nachzugeben und von seinem Posten zu scheiden. Mit Einschluß der Deutschnationalen haben ihm die bürgerlichen Parteien die Zusicherung gegeben, daß sie seine Regierung in jeder Hinsicht unterstützen würden. Stegerwald selber hat deshalb seine anfängliche Absicht, sich wieder ins Gewerkschaftsleben zurückzuziehen, aufgegeben. Die Sozialdemokraten versuchen trotzdem durch scharfe Angriffe und eine dauernde Opposition die Arbeiten des preußischen Ministeriums zu erschweren. Ob sie ein Mißtrauensvotum im preußischen Landtag gegen die Regierung Stegerwald einbringen werden, steht noch nicht fest. Wahrscheinlich werden sie davon absehen, weil dieses Mißtrauensvotum keine Mehrheit finden dürfte.

Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Groner.

(35. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Paul! Da ist doch noch etwas außer dem Tode Bergers?"

„Ja — da ist noch etwas."

„So rede doch!"

„Nein. Jetzt gehe ich."

„Zu Hanna?"

„Auch zu ihr."

„Ich sorge mich um Dich."

„O! Um Hanna nicht, das weiß ich schon."

„Ich schrieb ihr doch gestern."

„Ja daß Du ganz krank wärest vor Aufregung. Für ihren Schmerz hattest Du nicht ein mitleidiges Wort."

„Was hätte ich ihr denn schreiben sollen?"

„Freilich! Was hättest Du ihr schreiben sollen? Da Dir doch Dein Herz nichts diktieren kann!"

„Warst Du nicht selber ein sehr kühler Bräutigam?"

Paul sah sie betreten an. Erst nach einer Weile sagte er ernst. „Bis gestern — ja — bis gestern. Jetzt, da sie so unglücklich ist, weiß ich erst, wie sehr lieb ich sie habe. Mir ist es, als könnte ich nie mehr glücklich sein, wenn es dahin käme —."

„Wohin käme?"

Paul wendete sich rasch der Tür zu.

„Mutter — ich gehe," sagte er. „Erwarte mich mittags nicht." Draußen war er.

Die Frau Hofrätin von Horst, geborene Freiin von Daun-Effenscheit, schaute ihm, seltsam lächelnd, nach.

„Wenn es dahin käme," wiederholte sie, und dann wiederholte sie noch etwas, das ihrem heute so sehr aufgeregten Sohn entschlüpft war: „Ja, da ist noch etwas!"

Die große hagere Frau, deren fadblonde Haare nicht so grau werden konnten, wie ihr langgezogenes Gesicht es schon seit vielen Jahren war, ging ein paarmal, die Arme verschränkt haltend, durch das Zimmer.

„Noch etwas," murmelte sie, noch etwas, das ihn mehr erregt als der Tod dieses Mannes — und es scheint mit Hanna nichts zu tun zu haben dieses „noch etwas", sonst hätte Paul nicht soeben jetzt noch mit solcher Schwärmerei von dem Mädel geredet. — Nun — vielleicht befreit mich dieses „noch etwas" doch von dieser Schwiegertochter. Schwärmereien sind ja nicht immer unheilbar."

10. Kapitel.

Pauls erster Gang galt dem großen Unternehmen, in dessen Dienst er stand.

Er hatte mit seinem Chef eine längere Unterredung und ging dann wieder.

Er hatte einstweilen einen Urlaub für mehrere Tage erhalten.

Als er zu seiner Braut kam, fand er sie recht unruhig.

„Also Du bist wenigstens nicht ernstlich krank." Mit diesen, in herzlicher Weise gesprochenen Worten und einem innigen Kuß begrüßte sie ihn.

Er drückte sie leidenschaftlich an sich, aber er preßte dabei die Zähne aufeinander.

Frau Berta bemerkte beides, und ihre Sorge wuchs. —

Bergers Leiche war nachts in Wien angekommen. Jetzt ruhte sie schon in dem schwarzausgeschlagenen Zimmer, dessen düstere Wände das Licht der vielen Kerzen verschluckten und dessen Luft schon gesättigt war vom Duft der vielen Blumen, welche die Freunde und Bekannte des Hauses dem Toten gewidmet hatten.

Auch Paul hatte einen düster-schönen Kranz gebracht, er lag jetzt neben dem Kranze Hannas am Fußende des Sarges.

Eine Weile hielt er es ja neben seiner Braut vor dem Sarge aus, aber kein frommer Gedanke wollte ihm kommen. Nur ängstliche, häßliche Fragen durchfuhren seine Seele, Fragen, auf welche ihm der deutlich merkbare Ausdruck von Grimm, der das starre Totenantlitz entstellte, eine häßliche Antwort zu geben schien.

Es kam ihm sehr gelegen, daß immer mehr Leute sich einfanden, die Berger noch einmal sehen und den Damen ihr Beileid ausdrücken wollten. Hanna konnte sich ihm und er sich ihr nicht mehr widmen, so ging er denn, froh, das Haus hinter sich lassen zu können, darin — er wußte dies jetzt — sein Liebstes war.

Abends ging er doch wieder hin — war aber zerstreut und wortkarg und sichtlich ruhelos.

Am nächsten Tage war die Beerdigung. Natürlich war auch die Hofrätin gekommen. Sie trug nicht sehr viel Krepp und war sehr gemütsruhig, so gemütsruhig, daß es den anderen Trauergästen auffiel.

(Fortsetzung folgt.)

Kunst und Wissenschaft.

= **Die Deutsche Gewerbeschau München 1922** ist keine „Kunst"- und keine „Kunstgewerbe"-Ausstellung, aber auch keine allgemeine Gewerbe- und Industrie-Ausstellung. Sie umfaßt diejenigen Erzeugnisse, bei denen außer dem praktischen Zweckgedanken und der gediegenen technischen Herstellung die Betonung der geschmacklichen Form von Bedeutung ist. Es ist dabei gleichgültig, ob es sich hierbei um einfachste Gebrauchsgegenstände handelt oder um Werke höchstgesteigerter künstlerischer Fertigkeit und größten sachlichen Werts. Nicht in Frage kommen demnach: Chemikalien, Nahrungsmittel, Getränke, Tabak u. ä. Dagegen können geschmackvolle Packungen und Aufmachungen dieser Waren in der Fachgruppe für Reklame und Verpackung gezeigt werden. Ausgeschaltet sind im allgemeinen auch rein technische Erzeugnisse z. B. Dampfmaschinen, Treibriemen u. ä. Inwieweit im einzelnen Maschinen wie Automobile u. ä. beizuziehen sind, kann nur von Fall zu Fall im Sinne der obenerwähnen Gründe entschieden werden. Baumaterialien können als Bauteile gelegentlich Verwendung finden.

= **Die Weizenkultur Kanadas 1921.** Nach einer amtlichen in Ottawa veröffentlichten Statistik sind in Kanada 18 654 100 Acres mit Weizen bepflanzt. Diese Fläche ist um 421 726 Acres größer als im Vorjahre.

Eine Rechtfertigung des Gaskrieges.

Die Verwendung von Gasen in künftigen Kriegen beschäftigt die Presse Englands und Amerikas in starkem Maße. Wir wissen, wie die feindliche Stimmungsmache die Anwendung giftiger Gase im Kriege gegen Deutschland ausgenützt hat — so lange man auf der anderen Seite noch nicht gefunden hatte, was gleichbedeutend gewesen wäre. Heute hat sich das Bild geändert. Heute erkennt man im Feindbund offen an: Wenn die Deutschen seinerzeit an der Yser den Mut gehabt hätten, von der Gaswaffe rücksichtslosen Gebrauch zu machen, so würde der Krieg schon 1915 sein Ende gefunden haben, und zwar zugunsten Deutschlands. Das ist nach dem „Daily Telegraph" das Urteil eines militärischen Sachverständigen, damit wird einmal stillschweigend zugegeben, daß von deutscher Seite kein rücksichtsloser Gebrauch von der Gaswaffe gemacht worden ist, andererseits aber wird dadurch die Richtigkeit des Grundsatzes Hindenburgs bewiesen, daß die schärfste Waffe noch immer die menschlichste bleibt. Würde der Weltkrieg ein so frühes Ende gefunden haben, wäre der Menschheit viel Ungeheuerliches erspart worden.

In Sir William Pope, dem Cambridger Chemieprofessor, ist außerdem den giftigen Gasen auf einmal ein Befürworter entstanden. Im „Chemical Age" veröffentlicht er einen Aufsatz, in dem er der 1915 von acht britischen medizinischen Autoritäten abgegebenen Erklärung widerspricht, die dahin lauten, die Anwendung giftiger Gase sei völkerrechtlich zu verdammen. Professor Pope nennt die Gase viel weniger tödlich und grausam als jede andere Kriegswaffe, und begründet dies ausführlich an der Hand der Statistik. Nach seiner Überzeugung machen die Gase allerdings viele Kriegsteilnehmer kampfunfähig, töten aber wenige, seien also ein barmherziges Kampfmittel. Unter den Opfern des sogenannten Senggases (Mustardgas) seien die Todesfälle nur 2 v. H. gewesen. Bei den „Vergifteten" sei die Wiederherstellung meist sehr bald erreicht worden. Demgegenüber möchte man beachten, wie verderblich und unbarmherzig oft die Geschoßwirkung sei. Andere chemische Präparate, die zur Zeit des Waffenstillstandes angewandt worden seien, hätten zwar viele Leute außer Gefecht gesetzt, aber nicht dauernd an Leben und Gesundheit geschädigt. Nach Professor Pope hat diese Tatsache sogar die Verbündeten veranlaßt, den Waffenstillstand herbeizuführen, da sie unterrichtet waren, daß von Deutschland solche Gase in Massen erzeugt wurden. „Daily Telegraph" empfiehlt den Aufsatz Popes der britischen Regierung zur aufmerksamen Beachtung.

Wir sehen also auch hier wie in so vielen anderen Dingen, daß etwas als unmenschlich und grausam bezeichnet werden kann, so lange es von den Deutschen vorteilhaft angewendet wird. Jetzt werden wir bald sehen, daß sich die giftigen Gase als Hauptkampfmittel sehr bald bei denen einbürgern werden, die sich vorher darüber empörten und die ganze Welt dagegen aufriefen.

Republik Polen.

Die städtischen Arbeiter in Warschau.

Warschau, 19. Juli. (PAT.) Minister Darowski sagte in einer Unterredung mit dem Berichterstatter des „Kurjer Polski", daß der Minister für Arbeit und öffentliche Fürsorge in den gestern begonnenen Verhandlungen mit den Arbeitern der Gas-, Elektrizitäts- und Telephonwerke vermittelt. Die Konferenz mit dem Magistrat und den städtischen Arbeitern hat heute im Arbeitsministerium stattgefunden. Dieses will um jeden Preis eine Einigung des Magistrats mit den städtischen Arbeitern erzielen und hegt die Hoffnung, daß es zu dieser Verständigung kommen wird. Auf diese Weise wird der angedrohte Streik vermieden.

Der Streik in Lodz.

Lodz, 19. Juli. (PAT.) Der Streik in der Textilindustrie dauert an. Aus Initiative des Arbeitsinspektors, J. Wojtkiewicz, der Wojewodschaft, und des Regierungskommissars finden Verhandlungen statt. die bisher noch zu keinem Ergebnis geführt haben.

† **Vom Ministerium des Innern.** Der Innenminister empfängt Interessenten Mittwoch, Freitag und Sonnabend von 11 bis 12 Uhr vormittags.

† **Das Außenministerium teilt mit,** daß die Sektion für Gefangene und Internierte sich in der ul. Traugutt 11 befindet und daß alle Listen und Schreiben an diese Adresse zu senden sind.

† **Das Ernährungsministerium** teilt mit, daß es zum 21. Juli eine Konferenz einberufen wird wegen der Regelung des Handels mit Erdfrüchten sowie über deren Preis im Zusammenhang mit dem vom 15. Juli gültigen freien Handel.

† **Der polnisch-rumänische Vertrag ratifiziert.** Das Außenministerium teilt mit, daß König Ferdinand den polnisch-rumänischen Vertrag ratifiziert hat.

† **Großfeuer.** In der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag brach in Podgórz in den Baracken und in den Magazinen der Gebrüder Albert ein großes Feuer aus. An der Rettungsaktion nahm die Feuerwehr und alle Militärabteilungen der Krakauer Besatzung teil. Sogar Sanitätstruppen beteiligten sich an der Aktion. Wie die Zeitungen melden, verbrannten fünf Baracken, in denen sich Kohle, Holz, Salz und Benzin befanden. Das Feuer griff auf die Telegraphenstangen des Eisenbahnnetzes über. Teilweise wurden sogar die Drähte vernichtet.

Deutsches Reich.

** **Markenfreies Brot.** Am 15. August tritt, wie wir erfahren, eine Neuregelung der Brotkartenverteilung für Groß-Berlin ein. Mit diesem Tage wird eine teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brot und Getreide vorgenommen. Es ist, wie wir weiter hören, von dem genannten Tage ab jedem die Möglichkeit gegeben, sich Brot in beliebigen Mengen zu erhöhten Preisen ohne Marken zu kaufen. Die Brotversorgung wird die bisherige Brotkarte weiter zur Verteilung bringen, und das Brot, das auf diese Marken beim Bäcker erhältlich ist, wird zum Preise von etwa 7,50 Mark abgegeben werden. Die Reichsgetreidestelle hat nach Sicherstellung des zu dieser Verteilung notwendigen Mehles ein größeres Quantum markenfreies Brotmehl freigegeben. Dadurch ist den Gastwirten und auch den Privatbetrieben die Möglichkeit gegeben, ohne Übertretung der Verordnungen der Zwangswirtschaft beim Bäcker, allerdings zu erhöhtem Preise, Brot markenfrei in beliebigen Mengen zu erhalten. Der Preis ist von der Reichsgetreidestelle für markenfreies Brot noch nicht genau festgesetzt, doch rechnet man, daß ein solches Brot etwa 12 bis 14 Mark kosten wird. Durch diese teilweise Freigabe des Brotes ist ein weiterer Abbau der Brotversorgung in Aussicht genommen worden. Auch soll ein Ersatz für abhanden gekommene Brotkarten nicht mehr stattfinden, da ja die Möglichkeit vorhanden ist, sich markenfreies Brot zu kaufen.

** **Verlängerung der Polizeistunde?** Wie von zuständiger Stelle verlautet, besteht Aussicht, daß die Bemühungen Preußens um Aufhebung der Bundesratsverordnung vom 8. Dezember 1916, die einer Verlängerung der Polizeistunde über 11½ Uhr hinaus bisher im Wege stand, von Erfolg gekrönt sein werden. Im preußischen Ministerium des Innern haben erneut Erörterungen stattgefunden, und man plant dort eine Staffelung der Schlußstunden für Theater, Kinos und Wirtschaften.

** **Deutscher Juristentag.** Anmeldungen zur Teilnahme am diesjährigen Juristentag in Bamberg (12. bis 14. September) sind mit den Wünschen für Unterkunft spätestens bis 1. August an den Ortsausschuß des deutschen Juristentages in Bamberg. Zentraljustizgebäude, zu richten.

Ein neues Verdrängungsschäden-Gesetz.

Es schwirren gegenwärtig unter den Deutschen im abgetretenen Gebiet eigenartige Gerüchte über unglaubliche Entschädigungen umher, die das Deutsche Reich den aus Polen abwandernden Stammesgenossen zu zahlen beabsichtige. Wir müssen vor übertriebenen Hoffnungen auf derartige Entschädigungen und vor übereilten Maßnahmen dringend warnen.

Ein Verdrängungsschadengesetz besteht vorläufig überhaupt noch nicht, sondern nur Entwürfe, und über den tatsächlichen künftigen Inhalt eines solchen Gesetzes sich zu äußern oder auch nur Vermutungen auszusprechen, wäre heute völlig gegenstandslos. Soviel läßt sich nach den Entwürfen aber mit Bestimmtheit schon heute sagen, daß dieses Verdrängungsschadengesetz den Kreis der vom Deutschen Reiche zu leistenden Entschädigungen derart beschränken wird, daß naturgemäß nur die wenigsten Bewerber für solche Entschädigung in Frage kommen. Von dem so schwer belasteten Deutschen Reiche grundsätzlich etwas anderes zu verlangen, wäre auch unbillig und widersinnig. — Ferner müssen wir darauf hinweisen, daß nach den vorliegenden Entwürfen eine Entschädigung im wesentlichen nur für die Fälle in Aussicht genommen ist, wo ein zum Verkauf seiner Besitzung und zur Abwanderung nachweislich gezwungener Deutscher auch den Nachweis erbringen kann, daß er bei dem Verkauf beträchtlichen Schaden davongetragen hat. Die wenig Nachdenken verratenden Hoffnungen der Abwandernden sind also entschieden unbegründet und müssen zurückgeschraubt werden. Viele Abwanderungslustige hoffen, sie stünden sich bei der Auswanderung doch viel besser als wenn sie hier bleiben, da das Deutsche Reich sie doch für alle etwa entstandenen Verluste entschädigen müßte. Man muß sich nur einmal die Gedankenlosigkeit überlegen, die in solchen Äußerungen liegt. Die Berechtigung auf Entschädigung liegt nur in besonders schwierigen Fällen vor.

Natürlich muß dafür eingetreten werden, daß die wahrhaft Berechtigten für ihre Verluste entschädigt werden. Aber eben deshalb muß angestrebt werden, daß bei den geringen zur Verfügung stehenden Mitteln für sie auch tatsächlich für die Berechtigten etwas übrig bleibt. Nur wenige können auf Entschädigungen rechnen, deshalb gilt unser guter Kampf denen, die ihrer wirklich bedürftig sind, und die sich durch tapferes Aushalten ein Vorrecht vor den anderen erworben haben.

Das sind die Früchte!

Die polnisch-deutsche Kommission mag ruhig berichten, daß in Deutschland keine zwangsweisen Entlassungen, geschweige denn Ausweisungen von Polen stattfinden; sie mag getrost auf Grund ihrer Ermittelungen gegen Ausweisungen Deutscher aus Polen protestieren und eine loyale Behandlung deutschsprachiger polnischer Staatsbürger verlangen, — gewisse Stellen geht das alles nichts an, sie entlassen deutsche Arbeiter weiter. Sie können sich ja nicht auf den Standpunkt der Kommission stellen! So wird uns aus Lindenbrück berichtet:

In Wapno ist sämtlichen 41 deutschen Arbeitern gekündigt worden, die auf dem dortigen Steinsalzbergwerk (Zentrale Montwy) seit Jahren beschäftigt waren. Soweit sie in den dem Werk gehörigen Häusern wohnhaft waren, haben sie diese Wohnungen in kürzester Frist zu räumen. Die Kündigung ist nach Angabe der Arbeiter auf Betreiben des „polnischen christlich-sozialen Arbeiterverbandes" erfolgt. Die Direktion, die die Arbeiter vielleicht noch behalten hätte, könne angeblich nichts gegen den Willen dieses Arbeiterverbandes tun. Es wird, so hat der Ingenieur erklärt, kein Deutscher mehr auf dem Werk beschäftigt.

Der Ziegeleiarbeiter Warkentin aus Zurawia gibt an, daß auf der Ziegelei Stabrowski in Posen, auf der er lange Zeit gearbeitet hat, allen Deutschen gekündigt worden sei. Es bleibt ihm nichts anderes übrig, als auszuwandern. Einem seiner Bekannten, der sich an eine Arbeitsvermittelungsstelle gewandt hatte, erklärte man, für Deutsche gibt es keine Arbeit. „Was soll ich da anfangen?" fragte er und erhielt zur Antwort: „Kaufen Sie sich einen Strick!" Es ist überall dasselbe Bild: das ursprünglich deutsche Werk erhält eine polnische Leitung, und in kurzer Zeit sind alle Deutsche mit ihren Familien aus dem Werk entfernt.

Wohin soll das führen? Wenn nun drüben, was sicherlich nicht geschieht, uns aber verständlich wäre, daraufhin wieder Entlassungen stattfinden, und dann selbstverständlich auch noch einmal hüben, natürlich als Vergeltungsmaßregel, dann wird ohne Zweifel die wirtschaftliche Lage hüben und drüben zu ungeahnter Höhe gelangen und zugleich zu einer wirtschaftlichen Annäherung der Nachbarn der beste Grund gelegt. Doch, das hat man ja gar nicht nötig. Darum nur weiter gewirtschaftet, wenn nur der Nationalismus blüht!

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 20. Juli.

Errichtung eines Schülerpensionats durch den Deutschtumsbund.

Uns wird geschrieben:

Das Schülerpensionat, das der Deutschtumsbund mit Beginn des neuen Schuljahres in der Ulica Wierzbięcice 45 (früher Bitterstraße) einrichtet, trägt einem dringenden Bedürfnis Rechnung. Das beweist die große Anzahl von Anmeldungen, die bereits dafür vorliegt. Die wunschgemäße Unterbringung von Kindern, die außerhalb des Elternhauses erzogen werden müssen, bringt an allen Orten und unter allen Umständen Schwierigkeiten mit sich; denn erst bei gesundheitlich einwandfreier Unterbringung, angemessener Verpflegung und wohltuender häuslicher Umgebung erfolgt die ungehinderte geistige Entwickelung des Kindes. Die Schwierigkeiten, diese Bedingungen restlos zu erfüllen, ist zur Zeit in Posen in gesteigertem Maße vorhanden. Die Internate und Pensionate sind sämtlich überfüllt und reichen nicht mehr für die Fülle der Schüler, die alljährlich von den Zubringe-Anstalten in der Provinz nach dem Deutschen Gymnasium und den Lyzeen in Posen entlassen werden. Auch gibt es nach der starken Abwanderung längst nicht mehr genug Familien, die bereit sind, Zöglinge mit den eigenen Kindern zu erziehen. Das neue Schülerpensionat wird hoffentlich dazu helfen, diese Übelstände herabzumindern. Die Gymnasiasten werden dort zu vier oder sechs in luftigen geräumigen Zimmern untergebracht, und der Tagesraum entspricht ebenfalls allen notwendigen Anforderungen. Die häusliche Leitung liegt in erfahrener Hand einer mütterlichen Frau, während die Oberaufsicht einem bewährten Erzieher und Freunde der Jugend anvertraut ist. Ein kleines weibliches Kuratorium wird außerdem einen „Wirtschaftsrat" bilden, der die Rechnungen prüfen und die Voranschläge machen, sowie über sachgemäße Ausführung wachen soll, damit das Pensionat noch eine zweite Aufgabe erfüllen kann, nämlich eine Norm zu sein für das Pensionswesen unserer Stadt. Durch genaue Berechnung mit Zuhilfenahme geeigneter Verbrauchstabellen wird sich feststellen lassen, was ein Kind in sachgemäßer Pflege braucht, und was das bei den jeweiligen Preisverhältnissen kostet. Dadurch läßt sich der angemessene Pensionspreis bestimmen, der bei der heutigen Lage des Marktes leider von Monat zu Monat wechselt. Bisher ließ sich das schlecht machen, weil innerhalb eines Familienkreises der einzelne Bedarf schwerer festzusetzen ist. Der Pensionspreis für den September, den 1. Schulmonat, hat vorläufig noch nicht genannt werden können, so gern anerkannt wird, daß für die Eltern der Kinder diese Ungewißheit eine große Unannehmlichkeit ist. Gerade augenblicklich sind aber bekanntlich die Preisschwankungen besonders groß. Selbstverständlich wird auch in diesem Pensionat auf reichliche Lieferung von Lebensmitteln durch die Eltern der Zöglinge gerechnet, wodurch die wirtschaftlichen Nöte beider Teile so wirksam gemildert werden können. Anmeldungen nimmt die Geschäftsstelle des Frauenbundes, Wały Leszczyńskiego 2, (früher Kaiserring) Zimmer 3, entgegen, die auch die Aufnahmebedingungen und Pensionspreise mitteilt.

Wie Spitzbuben „arbeiten".

Ein Bewohner der ul. Matejki (früher Neue Gartenstr.) hatte in den Zeitungen angezeigt, daß er eine Zweizimmer-Wohnungseinrichtung zu verkaufen beabsichtige. Gestern vormittag erschien nun ein nobel gekleideter Herr mit großer Aktentasche in der Wohnung und begehrte die Einrichtung zu sehen, da er sie zu erwerben beabsichtige. Bereitwilligst wurden ihm die Sachen gezeigt. Plötzlich klingelte es an der Tür des „Aufgangs für Dienstboten". Der Wohnungsinhaber bat, seinen Weggang für einige Augenblicke zu entschuldigen, entfernte sich und fertigte die Person, die die Klingel in Bewegung gesetzt hatte, schnell ab, um bei seiner Rückkehr in die Wohnung die Wahrnehmung zu machen, daß der kauflustige noble Herr spurlos verduftet war. Er hatte aber nicht vergessen, eine hübsche Standuhr im Werte von 10 000 M. mit sich gehen zu lassen. Alles Suchen nach ihm und seinem Helfershelfer — es handelt sich zwischen beiden offenbar um ein abgekartetes Spiel — war vergeblich. Der „kauflustige" Dieb ist etwa 40 Jahre alt, 1,75 Meter groß, hat blasses Gesicht und kurzgeschnittenen Schnurrbart; er war bekleidet mit einem grauen Sommeranzug, weißen Tennisschuhen und einem Panamahut.

× **Petrikirche.** Am Sonnabend, abends 6 Uhr, und am Sonntag, vormittags 10 Uhr, wird in der evangelischen Unitätsgemeinde, St. Petrikirche, der Pfarrer Kolschaus aus Blotho in Westfalen predigen.

Die Deutschen Nachrichten. Das Organ der Landesvereinigung des Deutschtums in Polen sind die „Deutschen Nachrichten", die zweimal wöchentlich in Bromberg erscheinen. Es ist Pflicht eines Jeden, die „Deutschen Nachrichten" zu halten, da sie fortlaufend über die uns alle interessierenden Fragen, wie Option, Liquidation, Entschädigungsansprüche usw., aufklären. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 24 Mark.

+ **Ein neues Fachblatt.** In der Wielkie Garbary 20 (früher Gr. Gerberstr.) wird eine Buchdruckerei eingerichtet, deren Besitzer eine Fachzeitung für Förster herausgeben wird.

Mittel gegen Sonnenbrand. Bei plötzlich entstandenem Sonnenbrand erweist sich Zitronensaft als ein außerordentlich rasch heilendes und kühlendes Mittel. Wird er unverdünnt schlecht vertragen, da die Haut schon stark verbrannt ist, so nehme man Saft und Wasser zu gleichen Teilen und betupfe die Haut oder, besser noch, lege ein damit getränktes Taschentuch auf. Bei sofortiger Anwendung hilft dieses Mittel über Nacht.

× **Ein schwerer Unglücksfall** hat sich gestern vormittag gegen 10 Uhr beim Niederlegen der Wälle hinter der Wallischei zugetragen, indem drei dabei beschäftigte Arbeiter von einem herniederstürzenden Erdwall verschüttet wurden. Die herbeigerufene Feuerwehr befreite die Verschütteten aus ihrer unglücklichen Lage und brachte sie lebend wieder ans Tageslicht. Der eine von ihnen war lebensgefährlich, die beiden anderen jedoch waren leichter verletzt. Ihre Namen sind Jan Witkowiak, Władysław Witkowski und Josef Stroiński. Alle drei wurden in das Stadtkrankenhaus geschafft.

Kinokunst. Im Teatr Pałacowy im „Kino Collosseum", Św. Marcin 65 (früher St. Martinstraße) wird von heute ab der 1. Teil des Dramas „Der Staatsanwalt" aufgeführt.

× **Der Dieb in der Klemme.** Am Sonntag nachts 2¾ Uhr wurde in einem Abteil zweiter Klasse des Warschauer Zuges ein überaus wertvoller dunkelbrauner moderner Lederkoffer herrenlos vorgefunden. Da in dem ganzen Zuge der Eigentümer nicht ermittelt werden konnte, so liegt die Vermutung nahe, daß der Koffer von einem Diebe gestohlen und dieser dann von seinem Raube vertrieben worden ist. Der Koffer ist verschlossen, infolgedessen können über seinen Inhalt keine Angaben gemacht werden.

× **Auf der Spur der Domdiebe.** Die Polizei ist, polnischen Blättermeldungen zufolge, den Domdieben auf der Spur. Der Wert der gestohlenen Gegenstände beziffert sich auf mehrere Millionen Mark.

× **Das Opfer eines Taschendiebes** wurde gestern auf der Linie 5 der Straßenbahn bei der Fahrt von Wilda nach dem Stary Rynek (früher Alter Markt) ein Herr; ihm wurde eine silberne Uhr mit goldener Kette im Werte von 25 000 M. „abgeknöpft".

× **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Ein junger Bengel wurde gestern dabei ertappt, als er einen dunkelblauen Staubmantel veräußern wollte. Er gibt an, den Mantel in der ul. Wodna (früher Wasserstr.) von einem Wagen gestohlen zu haben. Der Spitzbube wurde verhaftet. Der Eigentümer des Mantels kann sich im Zimmer 2 der Kriminalpolizei melden.

× **Einbruchsdiebstähle.** Gestern wurde im Hause ul. Jasna 8 (früher Buddestr.) ein Einbruchsdiebstahl verübt, bei dem dem oder den Dieben Werte von 70 000 M. in die Hände fielen, und zwar verschiedene F. P. gezeichnete Wäschestücke, zwei Leuchter, gez. J. G. und fünf silberne Löffel, ebenfalls mit den Buchstaben J. G. — Aus einem Spital im Glowno wurde gestern eine Schreibmaschine, Marke „Adler" Nr. 7, und mit der Fabriknummer 2242 gestohlen.

× **Polizeibericht.** Festgenommen wurden gestern 7 Personen wegen Diebstahlsverdachts, eine wegen Hehlerei, eine wegen Betruges und 4 wegen verschiedener Straftaten gesuchte Personen.

to. Obornik, 19. Juli. In der Sitzung des Kreisbauernvereins Obornik am Freitag gedachte Herr von Saenger-Lukowo des bisherigen verstorbenen Vorsitzenden, Gutsbesitzers Köhler-Heide-Dombrowko; die Versammlung ehrte sein Andenken durch Erheben von den Plätzen. Bei der Neuwahl des Vorsitzenden wurde Rittergutsbesitzer Dietsch-Chrustowo einstimmig gewählt. Wiesenbaumeister Plate-Posen hielt einen Vortrag über Wiesen- und Grassaatenbau, den der neue Vorsitzende durch lehrreiche Mitteilungen aus der Praxis ergänzte. Anschließend sprach der Hauptgeschäftsführer Kraft-Posen über wirtschaftliche Fragen; die Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. Die Sicherstellung des Kreises Obornik mit Brotgetreide zeitigte eine längere Aussprache. Der Freihandel droht mit der Aussaugung des bisher preußischen Teilgebietes. Es wurde angeregt, einen Teil der Ernte erst nach Neujahr zu dreschen und für den Bedarf des Kreises sicherzustellen. Die vierstündige Sitzung verlief sehr anregend und zeigte die Notwendigkeit des öfteren Zusammentritts des Kreisbauernvereins. Der Kleingrundbesitz war der Erntearbeiten wegen nur schwach vertreten; hoffentlich erscheinen die Bauernvereine zu der nächsten Sitzung in stärkerer Anzahl. Deutsche Landwirte, zeigt mehr Interesse für Eure Berufsvereinigung!

* **Inowrocław, 19. Juli.** In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde der Antrag betreffs Erhöhung des Wassergeldes von 6,50 M. auf 9 M. angenommen. Dagegen stieß der Vorschlag auf Erhöhung der Gebühren für Wasserzähler

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

um 100 bis 120 v. H. auf lebhaften Widerstand und wurde der zuständigen Kommission zur erneuten Prüfung überwiesen. Ein Antrag wegen Erhöhung der Pachtgebühren für elektrische Zähleruhren wurde ebenfalls der Kommission überwiesen. Der Antrag betreffs Verpachtung der Obst- und Gemüse-Trockenanstalt auf 6 Jahre wurde dahin abgeändert, daß die Anstalt nur auf drei Jahre verpachtet wird, daß der Pächter im ersten Jahre 6000 M. Pachtzins zu zahlen hat, während in den folgenden Jahren der Pachtzins von einer besonderen Kommission festgesetzt werden soll, ferner, daß der Pächter 10 000 M. Kaution zu hinterlegen hat, und daß er die Verpflichtung übernimmt, für eine ordentliche Instandhaltung der gesamten Trockenanstalt zu sorgen. Eine lebhafte Aussprache verursachte die Frage der Rückerstattung der Umzugskosten in Höhe von 26 900 M. an den Direktor des Gas- und Elektrizitätswerks. Der Antrag wurde gegen drei Stimmen angenommen. Anläßlich der Verpachtung der städtischen Anschlagsäulen richtete die Stadtv. Frau Schweigert an den Magistrat die Bitte, dafür zu sorgen, daß die Säulen nicht zum Anschlag von Blättern mißbraucht werden, die zur Verhetzung gegen die Volksminderheiten dienen.

* Thorn, 19. Juli. Zu Wochenmarktskrawallen ist es heute auch hier gekommen. Der Wochenmarkt war, der „Thorn. Ztg." zufolge, reich beschickt. Da die Erzeuger jedoch weitere Erhöhungen auf die Preise für ihre Produkte verlangten, rief das die Erbitterung der niederen Schichten der Marktbesucher hervor. Für den Zentner Kartoffeln wurden 2000 M., für das Pfund Butter 250 M., für die Mandel Eier 170 bis 180 M. gefordert. Die Mehrzahl der Marktbesucher verhielt sich diesen Preisen gegenüber ablehnend, und andere mehr als energisch veranlagte Männer und Frauen gingen zur „Selbsthilfe" über. Sie boten einen ungefähr den früheren Marktpreisen entsprechenden Preis, und als dieser nicht angenommen wurde, gerieten sie in Wut und stürzten die Körbe mit Eiern und Obst um. Es blieb nicht allein bei dem Vernichtungswerk; die Verkäufer wurden verschiedentlich mit Eiern, Birnen, Fäusten und Stöcken traktiert und teilweise in die Flucht geschlagen, während sich der Mob Marktwaren zu niedrigsten Preisen aneignete, nämlich ohne Bezahlung. Die Polizei konnte gegen die Demonstranten, unter denen sich eine ganze Anzahl Arbeitsloser und Eisenbahner befand, nichts ausrichten. Die Leidtragenden und solche Produzenten, die sich vor ähnlichen Vorkommnissen schützen wollten, verließen unter dem Schutz der Polizei den Markt mit ihren Waren bzw. ohne diese, unter lauten Gelöbnissen, nicht mehr auf den Markt zu kommen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* Lodz, 17. Juli. Für 800000 Mark städtische Lebensmittel entwendet! Aus den Lagern der städtischen Verpflegungsabteilung wurden gegen eine Quittung, deren Stempel und Unterschriften gefälscht waren, vor einer Woche Peluschken für 328 250 Mark und Bohnen für 500 000 Mark abgehoben. Als das Fehlen eines entsprechenden Betrages bemerkt wurde, wurden sofort Untersuchungen angestellt, bei denen eine Reihe von Personen verhaftet worden ist, durch deren Hände die Lebensmittel gegangen sind, und die der Hehlerei beschuldigt werden. Die Täter bedienten sich zu dem Betruge eines vor zwei Monaten aus der Verpflegungsabteilung gestohlenen Quittungsbuches.

* Lodz, 18. Juli. Wegen Handels mit lebender Ware wurde der Lodzer Einwohner Wolf Daszkiewicz verhaftet. D. hat mit Hilfe seiner Tochter mehrere Mädchen an Freudenhäuser verkauft, darunter auch die Tochter des Lodzer Kaufmanns G.

Neues vom Tage.

§ **In London** sind Tausende von Personen an Diphtherie und Scharlach erkrankt. Die große Hitze hält an.

§ **Der Bürgermeister von Barcelona ermordet.** Etliche maskierte Personen haben den Bürgermeister von Barcelona durch Revolverschüsse getötet. Die Mörder sind entflohen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Posener Viehmarkt vom 20. Juli 1921.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm:

I. Rinder: A. **Ochsen** I. Sorte 4000—4400 M., II. Sorte 3400—3800 M., III. Sorte 3000—3200 M. B. **Bullen** I. Sorte 4000—4400 M., II. Sorte 3400—3800 M., III. Sorte 3000—3200 M. C. **Färsen und Kühe** I. Sorte 4000—4400 M., II. Sorte 3400—3800 M., III. Sorte 3000—3200 M. für Lebendgewicht. D. **Kälber:** I. Sorte 5000 M., II. Sorte 4500 M. für Lebendgewicht.

II. Schweine: I. Sorte 10 000 M., II. Sorte 9300—9500 M., III. Sorte 8000—9000 M. für Lebendgewicht.

Der Auftrieb betrug: 58 Rinder, 95 Kälber, 11 Schafe, 4 Ziegen, 200 Schweine. — Tendenz: sehr scharf.

= **Danziger Börsenbericht** vom 19. Juli. Polnische Mark 4,25/4.30 Auszahlung Warschau 4 10—4 15. Dollar 77 25, englische Pfund 279.

Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: i. V. Dr. Franz Buchta; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznan